

# Inhaltsverzeichnis

<b>Einführung</b> .....	23
I. Die Wiederaufnahme zwischen materieller Gerechtigkeit und Rechtssicherheit	23
II. Die Bedeutung neuer Tatsachen oder Beweismittel .....	24
1. Die Restriktivität hinsichtlich § 359 Nr. 5 StPO .....	25
a) Fallbeispiele .....	26
b) Schlussfolgerung .....	30
c) Unzureichende Datenlage .....	30
2. Die Verfassungswidrigkeit des § 362 Nr. 5 StPO a. F. ....	31
III. Gang der Darstellung .....	32

## *Teil 1*

<b>Grundlagen zum Wiederaufnahmeverfahren aufgrund neuer Tatsachen oder Beweise</b>	34
---	----

### Kapitel 1

<b>Geschichtlicher Abriss zum Wiederaufnahmeverfahren</b>	34
A. Einflüsse aus inquisitorischem und akkusatorischem Prozess .....	34
B. Gesetzgebung im Laufe der Zeit .....	35
I. RStPO – 1877 .....	36
1. § 399 Nr. 5 RStPO .....	36
2. § 402 RStPO .....	38
II. Änderung der StPO – 1924 .....	38
III. Vereinfachungsverordnung durch das NS-Regime – 1943 .....	38
IV. Vereinheitlichungsgesetz – 1950 .....	39
V. Drittes Strafrechtsänderungsgesetz – 1953 .....	40
VI. Neuere Wiederaufnahmegründe .....	40

### Kapitel 2

<b>Verfassungsrechtlicher Hintergrund</b>	41
A. Antinomie zwischen materieller Gerechtigkeit und Rechtssicherheit .....	41
I. Die Grundlagen des Rechtsstaatsprinzips .....	41
II. Konfliktlage .....	42
III. Ziel materieller Gerechtigkeit .....	43

1. Begriff der materiellen Wahrheit .....	43
2. Materielle Wahrheitsermittlung/Gerechtigkeit als Ziel des Strafverfahrens ...	46
IV. Prinzip von Rechtssicherheit bzw. Rechtskraft .....	48
1. Schutzgut .....	48
2. Radbruchs Ansatz .....	50
3. Ansatz der dreisäuligen Rechtskraftlehre .....	51
B. Allgemeine Einordnung des Wiederaufnahmerechts in die Antinomie .....	51
I. Gegenüberstellung von materieller Gerechtigkeit und Rechtssicherheit .....	52
II. Materielle Wahrheitsfindung im Wiederaufnahmeverfahren .....	53
III. Erfüllung der verfassungsrechtlichen Prinzipien durch das Wiederaufnahme- recht .....	54
 <b>Kapitel 3</b>  	
<b>Verfahren einer Wiederaufnahme</b>	<b>55</b>
A. Rechtsnatur des Wiederaufnahmeverfahrens .....	55
B. Zuständiges Gericht .....	56
I. Regelung vor § 140a GVG .....	56
II. Aktuelle Gesetzeslage .....	57
C. Antragsanforderungen .....	58
I. Antragsgegenstand .....	58
1. Sachurteil/Prozessurteil .....	58
2. Beschlüsse .....	58
3. Strafbefehl .....	60
4. Bußgeldbescheid .....	61
5. Teilrechtskräftiges Urteil .....	61
a) Vertikale Teilrechtskraft .....	61
b) Horizontale Teilrechtskraft .....	62
aa) Argumente für die Zulässigkeit .....	62
bb) Argumente gegen die Zulässigkeit .....	63
(1) Missbrauchsgefahr .....	63
(2) Entscheidungskompetenz .....	65
II. Antragsberechtigung und Beschwer .....	66
III. Zeitliche Beschränkung .....	67
IV. Anforderungen an Inhalt und Form .....	68
D. Verfahrensgang .....	70
I. Allgemeine Prozessvoraussetzungen .....	70
II. Aditionsverfahren .....	71
1. Zulässigkeitsprüfung .....	71

2. Geeignetheit der neuen Tatsachen oder Beweismittel .....	72
a) Schlüssigkeitsprüfung .....	72
b) Erweiterte Darlegungslast .....	73
aa) Fallgruppen .....	73
bb) Rechtliche Einordnung im Rahmen des Wiederaufnahmeantrags .....	74
3. Anhörung des Antragsgegners .....	75
a) Zulassungsbeschluss als Bezugspunkt von § 368 Abs. 2 StPO .....	75
b) Wortlaut § 368 Abs. 2 StPO .....	76
c) Historische Auslegung .....	76
d) Teleologische Auslegung .....	76
e) Systematische Auslegung .....	77
f) Zwischenfazit .....	77
4. Verwerfungs- bzw. Zulassungsbeschluss .....	78
5. Beschwerde .....	78
III. Probationsverfahren .....	79
1. Begründetheitsprüfung .....	79
2. Verwerfungs- bzw. Zulassungsbeschluss .....	80
a) Bindung an den Beschluss aus dem Aditionsverfahren .....	80
b) BVerfG zur Bindungswirkung .....	81
c) Auswirkung einer Einordnung als Unzulässigkeits- bzw. Unbegründetheitserklärung .....	81
d) Stellungnahme .....	81
3. Beschwerde .....	82
IV. Rechtsfolge bei erfolgreichem Wiederaufnahmeverfahren .....	82
1. Erneuerung der Hauptverhandlung .....	82
2. Freisprechung ohne erneute Hauptverhandlung .....	83
a) Beim Verstorbenen .....	83
b) Beim Lebenden .....	84
3. Beschwerde .....	85
V. Verbrauch des Wiederaufnahmeverbringens .....	85
1. Möglichkeit des Verbrauchs im Aditionsverfahren .....	85
2. Verbrauch bei Nichteinhaltung einer erweiterten Darlegungslast .....	87
a) Indizien zur Einordnung aus der Rechtsprechung .....	87
b) Auslegung .....	88
c) Zwischenfazit .....	89

## Kapitel 4

<b>Begriff der neuen Tatsachen bzw. Beweismittel</b>	90
A. Tatsachen und Beweismittel .....	90
I.  Tatsachenbegriff .....	90
II. Beweismittel .....	92
B. Neuheit .....	93
I.  Zeitlicher Maßstab .....	93
II. Neuheit von Tatsachen .....	94
III. Neuheit von Beweismitteln .....	95
1. Zeuge und Sachverständiger (Personalbeweis) .....	95
a) Person oder Aussage als Beweismittel .....	95
b) Anderer Sachverständiger als neues Beweismittel .....	97
2. Einlassung des Angeklagten .....	98
3. Urkunde und Augenschein (Sachbeweis) .....	98
C. Geeignetheit .....	99
I.  Geeignetheit i. S. v. § 359 Nr. 5 StPO .....	100
1. Wiederaufnahmeziele .....	100
a) Freispruch .....	100
b) Geringere Bestrafung .....	100
c) Wesentlich andere Entscheidung über Maßregel der Besserung und Sicherung .....	101
d) Einstellung des Verfahrens .....	101
e) Schuldspruchänderung .....	102
2. Erheblichkeit für das Wiederaufnahmeziel .....	102
a) Prognosestandpunkt .....	103
b) Prognosemaßstab .....	105
aa) Wahrscheinlichkeitsmaßstab .....	105
bb) Gesamtbetrachtung und vorgegriffene Beweiswürdigung .....	106
II. Geeignetheit i. S. v. § 362 Nr. 5 StPO a. F. ....	107

Inhaltsverzeichnis	13
--------------------	----

## Teil 2

<b>Wiederaufnahmeverfahren zugunsten des Verurteilten, § 359 Nr. 5 StPO</b>	108
---	-----

### Kapitel 1

<b>Besonderheiten der Wiederaufnahme zugunsten des Verurteilten</b>	108
A. Verfassungsrechtliche Einordnung von § 359 Nr. 5 StPO	108
I. Besondere Grundrechtsrelevanz des Wiederaufnahmeverfahrens zugunsten des Verurteilten	108
1. Unschuldsvermutung	109
2. Grundrechtsverletzungen	110
II. Einordnung von § 359 Nr. 5 StPO in die Antinomie	110
III. Einordnung anhand der dreisäuligen Rechtskraftlehre	111
B. Entschädigung nach erfolgreicher Wiederaufnahme	112
I. Grundlegendes zum Erhalt einer Entschädigung nach dem StrEG	113
II. Ausschluss/Versagung der Entschädigung	114
1. Ausschluss	114
2. Versagung	115
3. Ausschluss der Geltendmachung	115
III. Höhe der Entschädigung	116
1. Vermögensschäden	116
2. Nichtvermögensschäden	117
a) Bemessung pro Tag der Freiheitsentziehung	118
b) Beurteilung der Tagespauschale als Entschädigung	119
aa) Höhe der Pauschale	119
bb) Alternative Bemessung	121
IV. Ausblick	122

### Kapitel 2

<b>Rechtstatsächliche Erfassung der Wiederaufnahmeanträge</b>	123
A. Daten des Statistischen Bundesamtes	123
I. Erklärung der Unterscheidung nach Gerichten	123
II. Auswertung der Zahlen zu Wiederaufnahmeanträgen von 2021	124
III. Tabellarische Auswertung der Wiederaufnahmeanträge von 2002–2021	125
IV. Schlussfolgerungen zur Entwicklung der Wiederaufnahmeträge im Laufe der letzten 20 Jahre	128
1. Darstellung der Entwicklung der Anzahl an Wiederaufnahmeanträgen	128
2. Schlussfolgerungen	128
a) Wiederaufnahmeanträge vor dem Amtsgericht	128

aa) Erklärungsansatz .....	129
bb) Kosten trotz Möglichkeit der Pflichtverteidigerbestellung .....	129
b) Wiederaufnahmeanträge vor dem Landgericht in 1. Instanz .....	130
c) Wiederaufnahmeanträge vor dem Landgericht in der Berufungsinstanz ...	131
B. Problem der unzureichenden Datenlage .....	131
I. Keine Erfassung der Erfolgsaussichten .....	131
II. Problem der Erstellung einer aktuellen Statistik .....	133
C. Zusammenfassung bisheriger Erhebungen .....	133
I. Ältere Fallsammlungen .....	134
1. Im Hinblick auf Fehlurteile im Allgemeinen .....	134
2. Anhand von Wiederaufnahmeverfahren .....	134
II. Jüngere Erhebungen zu den Erfolgsaussichten .....	135
1. Aktenanalyse von Dunkel .....	136
a) Methodik .....	136
b) Ergebnisse .....	137
2. Bisherige Expertenbefragungen .....	137
a) Methodik von Arnemann .....	138
aa) Interviews mit Strafverteidigern über die Praxis von Wiederaufnahme- verfahren .....	138
(1) Erfolgsaussichten der Wiederaufnahmeanträge .....	138
(2) Gründe für das Scheitern von Wiederaufnahmeanträgen .....	139
(a) Standesehre .....	139
(b) Unrealistische Anträge .....	139
(c) Überhöhte Darlegungslast .....	139
(d) Überlastung der Gerichte .....	140
(3) Reformvorschläge .....	140
bb) Auswirkungen auf die eigene Untersuchung .....	141
(1) Hinsichtlich des quantitativen Befragungsteils .....	141
(2) Hinsichtlich des qualitativen Befragungsteils .....	141
b) Methodik von Böhme .....	141
aa) Interviews mit Rechtsmittelrichtern über Fehlurteile im Generellen ..	141
bb) Auswirkungen auf die eigene Untersuchung .....	142
(1) Hinsichtlich des quantitativen Befragungsteils .....	142
(2) Hinsichtlich des qualitativen Befragungsteils .....	142
c) Methodik von Leve/Otzipka/Volbert .....	143
aa) Interviews mit Verteidigern und Staatsanwälten .....	143
(1) Erfolgsaussichten der Wiederaufnahmeanträge .....	143
(2) Gründe für das Scheitern von Wiederaufnahmeanträgen .....	144

Inhaltsverzeichnis	15
(3) Verbesserungsvorschläge .....	144
bb) Auswirkungen auf die eigene Untersuchung .....	145
(1) Hinsichtlich des quantitativen Befragungsteils .....	145
(2) Hinsichtlich des qualitativen Befragungsteils .....	145
III. Zusammenfassung der weiterhin zu untersuchenden Fragestellungen .....	145

### Kapitel 3

<b>Empirische Untersuchung – Richterbefragungen zum Umgang mit § 359 Nr. 5 StPO</b>	146
A. Vorüberlegungen .....	146
I. Perspektive der Richterschaft .....	146
II. Forschungsfragen .....	147
III. Unterteilung in quantitative Umfrage und Experteninterviews .....	148
1. Ziel der Aufteilung .....	148
2. Einordnung der Forschungsfragen in die Befragungsteile .....	149
B. Quantitativer Befragungsteil .....	150
I. Methodik .....	150
1. Vorbereitung der Umfrage .....	150
2. Einpflegung in unipark .....	150
3. Auswahl der Bundesländer und Verteilung des Fragebogens .....	151
II. Fragebogen .....	153
III. Auswertung der Ergebnisse .....	159
1. Rücklauf .....	159
a) Umfang der Beteiligung .....	159
b) Umfang der verwertbaren Ergebnisse .....	159
2. Ergebnisse hinsichtlich der Erfolgsaussichten .....	160
a) Verteilung nach den Antragstellern .....	160
b) Verteilung nach dem Gericht der Bearbeitung .....	161
c) Erfolgsquote der Anträge des Verurteilten .....	161
aa) Unabhängig vom bearbeitenden Gericht .....	162
bb) Erfolgsquote am Amtsgericht .....	163
cc) Erfolgsquote am Landgericht in 1. Instanz .....	164
dd) Erfolgsquote am Landgericht in der Berufungsinstanz .....	165
d) Erfolgsquote der Anträge der Staatsanwaltschaft .....	165
3. Zusammenführung mit Ergebnissen aus anderen Erhebungen .....	166
a) Abgleich mit den Ergebnissen von Dunkel .....	166
b) Abgleich mit den Ergebnissen von Arnemann .....	167
c) Abgleich mit den Ergebnissen von Leve/Otzipka/Volbert .....	167

d) Abgleich mit den Ergebnissen von Bliesener et al. ....	168
aa) Methodik der Studie .....	168
bb) Ergebnisse der Studie .....	168
cc) Abgleich mit den Ergebnissen der Umfrage .....	170
C. Qualitativer Befragungsteil – Einzelinterviews .....	171
I. Methodik .....	171
1. Interviewleitfaden .....	172
a) Ausarbeitung .....	172
b) Erläuterung der Fragestellungen .....	172
aa) Fragen zu den Erfahrungen mit dem Umgang mit § 359 Nr. 5 StPO ..	172
bb) Frage zum psychologischen Effekt bei Entscheidungen über die Wie- deraufnahme .....	175
cc) Fragen zu Reformvorschlägen .....	175
2. Auswahl der Interviewpartner und Gesprächsführung .....	177
II. Interviewauswertung .....	178
1. Umgang mit § 359 Nr. 5 StPO .....	178
a) Häufige Gründe für ein Scheitern der Anträge .....	178
b) Anträge mit erweiterter Darlegungslast .....	181
c) Einordnung der erweiterten Darlegungslast innerhalb der Prüfung .....	183
d) Umgang mit dem Verbrauch eines Vorbringens .....	183
e) Erreichtes Ziel bei erfolgreichen Wiederaufnahmeverfahren .....	185
f) Geeignetheitsprüfung innerhalb der Zulässigkeit .....	186
g) Restriktive Haltung der Gerichte .....	189
h) Potentielle Faktoren für das häufige Scheitern der Anträge .....	191
aa) Unrealistische Anträge .....	191
bb) Überhöhte Darlegungslast für die Geeignetheit .....	193
cc) Standesethos innerhalb der Richterschaft .....	194
dd) Überlastung der Gerichte .....	197
2. Psychologischer Einfluss bei der Entscheidung .....	199
3. Reformvorschläge .....	203
a) Veränderung der Zuständigkeit .....	203
aa) Trennung des Gerichts für neues Verfahren .....	203
bb) Verschiebung der Zuständigkeit auf eine höhere Instanz .....	204
cc) Schaffung einer Sonderzuständigkeit .....	205
dd) Bestehende Schulungsangebote .....	207
b) Gesetzliche Normierung der Fallgruppen der erweiterten Darlegungslast und/oder einer Hinweispflicht .....	208
c) Gesetzliche Normierung des Verbrauchs .....	209



d) Gesetzliche Normierung der Anforderungen an die Geeignetheit .....	210
e) Absenkung des Maßstabs der Geeignetheit (erhebliche Zweifel) .....	211
f) Anspruch des Betroffenen auf öffentliche Entschuldigung und Bekanntmachung eines erfolgreichen Wiederaufnahmeverfahrens .....	213
g) Ergänzungen von Seiten der Richter .....	216
h) Exkurs: Beschwerdeinstanz .....	217
III. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen .....	218
1. Bezüglich des Umgangs mit § 359 Nr. 5 StPO und psychologischer Einflüsse .....	218
2. Bezüglich der Reformvorschläge .....	221
D. Zusammenführung der Ergebnisse und Zwischenfazit .....	222
I. Rechtstatsächliche Lage in Bezug auf § 359 Nr. 5 StPO .....	222
II. Eigene Reformvorschläge .....	227
1. Bezüglich der Zuständigkeit .....	227
2. Bezüglich der Kennzeichnung und Bedarfsberechnung .....	228
3. Bezüglich des Verbrauchs und der Geeignetheit .....	229
4. Bezüglich der Rehabilitierung von Betroffenen .....	230

### *Teil 3*

#### **Wiederaufnahmeverfahren zuungunsten des Angeklagten propter nova**

232

#### Kapitel 1

#### **Gesetzesentstehung des § 362 Nr. 5 StPO a. F.**

232

A. Historie im Vorfeld des § 362 Nr. 5 StPO a. F. ....	232
I. Rechtslage bei Einführung der RStPO .....	232
II. Reformdiskussion in der Weimarer Republik .....	233
III. Wiederaufnahme zuungunsten des Angeklagten im NS-Regime .....	235
IV. Diskussion um eine Erweiterung der Wiederaufnahme nach 1950 .....	236
V. Gesetzesvorhaben 1993 (Fall Ossietzky) .....	237
VI. Gesetzesvorhaben 2007 (Fall Butzelar) .....	238
B. Fall Möhlmann .....	239
I. Fallschilderung .....	239
II. Petition .....	240
C. Gesetzgebungsprozess .....	240
I. Verfahren .....	240
1. Stellungnahmen im Rechtsausschuss .....	241
a) Befürwortende Stellungnahmen .....	241

b) Ablehnende Stellungnahmen .....	243
2. Ergebnis der Beratung im Ausschuss .....	245
II. Ausfertigung durch den Bundespräsidenten .....	246
D. Relevanz in der Praxis .....	247
I. Filterwirkung des Strafverfahrens .....	247
II. Freispruchsquote bei Mord .....	248
E. Europäischer Vergleich hinsichtlich einer Wiederaufnahme propter nova zuungunsten des Angeklagten .....	250
I. Ne bis in idem nach den internationalen Verträgen .....	251
II. Die Wiederaufnahme propter nova zuungunsten nach dem Recht der anderen EU-Staaten .....	253
1. Herangehensweise .....	253
2. Staaten, die keine Wiederaufnahme zuungunsten zulassen .....	255
3. Staaten, die keine Wiederaufnahme propter nova zuungunsten zulassen .....	256
4. Staaten, die eine Wiederaufnahme propter nova zuungunsten zulassen .....	257
a) Wiederaufnahme propter nova ohne besondere Einschränkung .....	257
b) Einschränkung anhand der Schwere der Straftat .....	259
5. Zwischenfazit zum europäischen Vergleich .....	260

## Kapitel 2

<b>Verfassungswidrigkeit von § 362 Nr. 5 StPO a. F.</b> .....	262
A. Verfassungsrechtliche Einordnung .....	262
I. Einordnung in die Antinomie zwischen materieller Gerechtigkeit und Rechtssicherheit .....	262
II. Einordnung anhand der dreisäuligen Rechtskraftlehre .....	265
B. Ne bis in idem-Grundsatz .....	265
I. Historie .....	266
II. Einordnung in das Rechtsstaatsprinzip .....	267
III. Mehrfachverfolgung .....	268
1. Historische Auslegung .....	269
a) Vorkonstitutioneller Stand des Prozessrechts .....	269
b) Gesetzgebungsmaterialien .....	269
c) Reaktion auf den Nationalsozialismus .....	271
2. Teleologische Auslegung .....	272
3. Zwischenfazit .....	273
IV. Rechtliche Bedeutung .....	274
1. Grundrechtscharakter .....	274
2. Verfahrenshindernis .....	274

C. Verstoß der Wiederaufnahme propter nova zuungunsten des Angeklagten gegen den ne bis in idem-Grundsatz .....	275
I. Meinungsstand in der Literatur .....	275
1. Herangehensweise der Darstellung .....	276
2. Überblick zu den Stellungnahmen .....	276
3. Argumente für die Verfassungsmäßigkeit .....	277
a) § 362 Nr. 5 StPO a. F. als Grenzkorrektur des Art. 103 Abs. 3 GG .....	278
aa) Zulassung von Grenzkorrekturen durch das BVerfG .....	278
bb) Einordnung in das System der Grenzkorrekturen nach § 362 StPO ...	280
cc) Vergleichbarkeit zu bisherigen Wiederaufnahmegründen .....	280
b) Einschränkungen des Art. 103 Abs. 3 GG im Rahmen einer Verhältnis- mäßigkeitsprüfung .....	281
aa) Materielle Gerechtigkeit als Gegenposition .....	281
bb) Opferanspruch auf effektive Strafverfolgung als Gegenposition .....	282
c) Systemkonforme Fortschreibung des § 362 StPO .....	282
d) Indizwirkung von § 373a StPO .....	283
e) Unerträglichkeitsformel .....	284
4. Argumente gegen die Verfassungsmäßigkeit .....	285
a) Absolutheit von Art. 103 Abs. 3 GG .....	285
aa) Versteinerungsthese .....	286
bb) Menschenwürdeargument .....	287
b) Überschreitung einer Grenzkorrektur/Betroffenheit des Kernbereichs ....	287
aa) Systembruch innerhalb von § 362 StPO .....	288
(1) Verantwortungsbereich des Angeklagten .....	288
(2) Anderer Schutzzweck .....	289
(3) Normative Unvergleichbarkeit .....	289
bb) Unterschied zu § 373a StPO .....	290
c) Vorrang der Rechtssicherheit innerhalb einer Abwägung .....	290
5. Zwischenfazit zu den Argumentationen der Literatur .....	291
II. Rechtsprechung zu § 362 Nr. 5 StPO a. F. ....	292
1. OLG Celle im Fall Möhlmann .....	292
a) Bezug auf die Grenzkorrekturen-Rechtsprechung des BVerfG .....	293
b) Bezug auf die Rechtsprechung des BVerfG zu § 373a StPO .....	293
c) Kein Verstoß gegen den Gleichheitssatz .....	296
2. Entscheidung des BVerfG .....	296
a) Entscheidung im einstweiligen Rechtsschutz .....	296
b) Urteil vom 31. 10. 2023 .....	297
aa) Wesentliche Inhalte der Entscheidung und Bewertung .....	298
(1) Einbeziehung des Mehrfachverfolungsverbots in ne bis in idem	298

(2) Absolutheit von Art. 103 Abs. 3 GG .....	299
(a) Begründung des BVerfG .....	299
(b) Bewertung der Begründung .....	301
(3) Erklärung der anderen Wiederaufnahmegründe trotz Absolutheit .....	302
(a) „Schutzbereichsdogmatik“ vom BVerfG .....	302
(b) Bewertung der „Schutzbereichsdogmatik“ .....	303
(4) Verbot einer Wiederaufnahme zuungunsten wegen neuer Tatsa- chen oder Beweismittel .....	305
bb) Sondervotum der Richter Müller und Langenfeld .....	306
(1) Ablehnung einer absoluten Vorrangentscheidung durch den Ver- fassungsgeber .....	306
(2) Allgemeine Verhältnismäßigkeitsanforderungen .....	308
(3) Bestimmtheit der Norm .....	308
cc) Zusammenfassende Bewertung des Urteils .....	308
D. Verstoß gegen das Rückwirkungsverbot .....	309
I. Unterscheidung zwischen Art. 103 Abs. 2 und Art. 20 Abs. 3 GG .....	310
1. Rückwirkungsverbot nach Art. 103 Abs. 2 GG .....	310
2. Allgemeines Rückwirkungsverbot aus Art. 20 Abs. 3 GG .....	311
II. Auffassungen der Literatur .....	313
1. Ablehnung eines Verstoßes gegen das Rückwirkungsverbot .....	313
2. Annahme eines Verstoßes gegen das Rückwirkungsverbot .....	314
a) Anwendung des Art. 103 Abs. 2 GG .....	314
b) Anwendung des allgemeinen Rückwirkungsverbots, Art. 20 Abs. 3 GG ...	314
III. Auffassung der Rechtsprechung .....	316
1. OLG Celle .....	316
2. BVerfG .....	317
a) Anwendbarkeit auf „Altfälle“ .....	317
b) Echte Rückwirkung .....	318
c) Keine ausnahmsweise Rechtfertigung .....	318
aa) Einschlägiger Vertrauensschutz .....	319
bb) Keine zwingenden Gründe des Gemeinwohls .....	319
d) Auffassung im Sondervotum .....	320

Kapitel 3

**Folgen der Reichweite des Art. 103 Abs. 3 GG  
für die Wiederaufnahme zuungunsten des Freigesprochenen** 321

A. Ausschluss einer Wiederaufnahme propter nova zuungunsten des Freigesprochenen	321
I. Besondere Verantwortung der Staatsanwaltschaft .....	321
II. Ausstrahlungswirkung auf die Verjährung .....	323

Inhaltsverzeichnis	21
B. Möglichkeit einer Verfassungsänderung	325
I.    Stellungnahmen aus der Literatur	326
II.   Eigene Bewertung	326
1. „Berühren“ i. S. d. Art. 79 Abs. 3 GG	327
2. Betroffenheit von Art. 1 oder 20 GG	327
a) Menschenwürde	328
b) Rechtsstaatsprinzip	329
3. Zwischenfazit	330
<b>Gesamtfazit</b>	331
I.    Zusammenfassung der Ergebnisse und Schlussfolgerungen	331
1. Bezüglich der Wiederaufnahme propter nova zugunsten des Angeklagten	331
a) Defizite in der Anwendungspraxis	331
b) Begrenztheit des Instituts der Wiederaufnahme zur Fehlerkorrektur	333
2. Bezüglich der Wiederaufnahme propter nova zuungunsten des Angeklagten	335
II.   Gegenüberstellung der Wiederaufnahme propter nova zugunsten und zuungunsten des Angeklagten	337
III.  Ausblick	340
1. Reformbedarf hinsichtlich § 359 Nr. 5 StPO	340
2. Abschluss der Diskussion um eine Erweiterung der Wiederaufnahme zuungunsten	341
<b>Literaturverzeichnis</b>	344
<b>Sachwortverzeichnis</b>	357